

FDP-Fraktion Friedrichsdorf
Jochen Kilp, Vorsitzender
Jochen.kilp@t-online.de
01520/6360771



Friedrichsdorf, 02.05.2023

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir möchten Sie bitten, die folgende Anfrage der FDP-Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11.05.2023 aufzunehmen:

Anfrage Radschnellweg

Vorbemerkung:

Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 30.11.2020 beschlossen:

a) Die Stadt Friedrichsdorf bestätigt den Trassenverlauf (Variante B, s. Anlage 5 der Niederschrift, Abs. 6.2.6) in ihrer Gemarkung für die Umsetzung der Radschnellverbindung gemäß Machbarkeitsstudie. Dabei sollen durch die Durchführung der Radwegeverbindung keine Parkplätze wegfallen.

b) Es wird zugestimmt, dass der Regionalverband FrankfurtRheinMain die Vorhabenträgerschaft für die Umsetzung der Radschnellverbindung übernimmt. Die Rechte und Pflichten zwischen dem Regionalverband als Vorhabenträger und den jeweiligen Baulastträgern werden in bilateralen Planungs-/Verwaltungsvereinbarungen gesondert festgeschrieben.

c) Es wird zugestimmt, dass die Antragsstellung an Hessen Mobil über den Regionalverband erfolgt. Dieser erhält auch die Bewilligungsbescheide und ist mit seinen Rechten und Pflichten als Antragssteller Hessen Mobil gegenüber verantwortlich. Auch die monetäre Zuweisung erfolgt an den Regionalverband, der dann die Fördergelder an die einzelnen Kommunen verteilt.

Die Taunuszeitung vom 28.4.23, S. 10 berichtet über die am 26.4. erfolgte Behandlung einer Verwaltungsvereinbarung zwischen u.a. Oberursel, Bad Homburg und Friedrichsdorf sowie dem Regionalverband Frankfurt Rhein/Main zur Regelung der Aufgaben- und Kostenverteilung für das „wohl um die 70 Millionen Euro teure Vorhaben“. Über die Unterschrift Oberursels unter den Vertrag habe die Stadtverordnetenversammlung am 11. Mai das letzte Wort.

Gemäß Website der Stadt Oberursel werden am 2.5 der Ortsbeirat Oberursel-Mitte und am 3.5. der Ortsbeirat Bommersheim Gelegenheit zur Behandlung der Verwaltungsvereinbarung haben, siehe <https://www.oberursel.de/de/bekanntmachung-artikel/kommunalpolitik/einladung-des-ortsbeirates-oberursel-mitte/> und <https://www.oberursel.de/de/bekanntmachung-artikel/kommunalpolitik/einladung-des-ortsbeirates-bommersheim/>

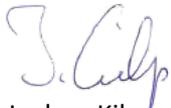
Die Vereinbarung liegt sicher Friedrichsdorf ebenso wie Oberursel zur Unterschrift vor. Der Magistrat hat die Vereinbarung aber weder den Ortsbeiräten noch der Stadtverordnetenversammlung zur Behandlung vorgelegt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Magistrat:

Welche Gremien beabsichtigt der Magistrat in die Entscheidung über die Unterzeichnung der genannten Verwaltungsvereinbarung einzubinden? Wann soll dies geschehen?

Wir bitten ferner um Vorlage des Entwurfs der Verwaltungsvereinbarung rechtzeitig vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, um gegebenenfalls nachvollziehen zu können, aus welchen Gründen der Magistrat die Befassung der Ortsbeiräte und der Stadtverordnetenversammlung für unnötig hält, insbesondere, ob die in der Verwaltungsvereinbarung enthaltenen Verpflichtungen für Friedrichsdorf bereits vollumfänglich vom oben zitierten Beschluss gedeckt sind.

Mit freundlichen Grüßen



Jochen Kilp
Fraktionsvorsitzender